

# Entschädigungssatzung

Satzung über die Entschädigung der Stadtrats-, Ortschaftsrats-, Ausschuss- und Fraktionsmitglieder der Stadt Wolmirstedt

## Präambel

Aufgrund der §§ 8, 35 und 45 Abs. 2 Nr. 1 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17. Juni 2014 (GVBl. LSA Nr. 12/2014 S. 288-333), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. April 2019 (GVBl. LSA S. 66) und der Kommunal-Entschädigungsverordnung (KomEVO) vom 29. Mai 2019 (GVBl. LSA S. 116) sowie der Kommunalbesoldungsverordnung (KomBesVO) vom 07.03.2002 (GVBl. LSA 2002 S. 108), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 17. Juni 2014 (GVBl. LSA S. 288, 340) hat der Stadtrat der Stadt Wolmirstedt am 26.03.2020 folgende Satzung beschlossen:

## § 1 Grundsatz

Die Tätigkeit als Stadt- bzw. Ortschaftsrat sowie nicht dem Stadtrat angehörendes Ausschussmitglied für die Stadt Wolmirstedt, im Weiteren ehrenamtlich Tätige genannt, wird grundsätzlich unentgeltlich geleistet. Anspruch auf Erstattung von Verdienstausfall, Fahrt- und Reisekosten besteht im Rahmen der Höchstbeträge nach dieser Satzung. Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige werden nur im Rahmen dieser Satzung gezahlt.

## § 2 Aufwandsentschädigungen der ehrenamtlich Tätigen

(1) Für die Teilnahme an Sitzungen des Stadtrates, seiner Ausschüsse, zeitweilig gebildeter Ausschüsse und für Beratungen, zu denen durch die Bürgermeisterin oder den Stadtrats- bzw. jeweiligen Ausschussvorsitzenden geladen wurde, sowie den Sitzungen der Fraktionen, erhalten die dem Stadtrat angehörenden Mitglieder ein Sitzungsgeld gemäß Absatz 4.

(2) Das Sitzungsgeld für Fraktions-sitzungen wird gemäß § 6 Abs. 6 S. 2 Kommunal - Entschädigungsverordnung (KomEVO) auf die Zahl von 15 Sitzungen pro Kalenderjahr beschränkt. Das Sitzungsgeld für Beratungen und Veranstaltungen, zu denen die Bürgermeisterin eingeladen hat, wird auf 4 Sitzungen pro Kalenderjahr beschränkt. Die Einladungen zu den Beratungen der Fraktionsvorsitzenden mit der Bürgermeisterin sind von dieser Begrenzung ausgenommen.

(3) Für die Teilnahme an Sitzungen und Veranstaltungen von Organisationen und Einrichtungen, zu denen die Stadträte entsandt worden sind, finden die §§ 4 und 5 dieser Satzung Anwendung, sofern Ansprüche nicht anderweitig geltend gemacht werden können. Ein Sitzungsgeld wird nicht gewährt.

(4) Die Stadträte erhalten eine Pauschale von 115,00 € monatlich und ein Sitzungsgeld in Höhe von 17,00 € je Sitzung und Tag.

(5) Der Vorsitzende des Stadtrates, die Vorsitzenden der Ausschüsse, soweit der Vorsitz nicht dem Hauptverwaltungsbeamten obliegt, sowie die Fraktionsvorsitzenden erhalten neben der in Absatz 4 geregelten Entschädigung eine zusätzliche monatliche Aufwandsentschädigung. Sie beträgt für:

den Stadtratsvorsitzenden	230,00 €
die Ausschussvorsitzenden	115,00 €
die Fraktionsvorsitzenden	115,00 €

Im Falle der Verhinderung für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als drei Monaten erhält der Stellvertreter für die über drei Monate hinausgehende Zeit eine Aufwandsentschädigung bis zur Höhe derjenigen des Vertretenen. Die Aufwandsentschädigungen dürfen, auch soweit sie im Vertretungsfall nebeneinander gewährt werden, insgesamt die Höhe derjenigen des Vertretenen nicht übersteigen.

(6) Für die Ortschaftsräte wird eine monatliche ausschließliche Pauschale ge-

zahlt. Die Pauschale wird entsprechend § 8 Abs. 1 und 3 KomEVO LSA nach Staffe- lung der Einwohnerzahl ermittelt. Sie be- trägt für die Ortschaftsratsmitglieder von:

Elbeu	31,00 €
Farsleben	31,00 €
Glindenberg	38,00 €
Mose	24,00 €

und für den Ortsbürgermeister der Ort- schaft

Elbeu	265,00 €
Farsleben	270,00 €
Glindenberg	290,00 €
Mose	150,00 €

Im Fall der Verhinderung des ehrenamtli- chen Ortsbürgermeisters für einen zu- sammenhängenden Zeitraum von mehr als einem Monat kann dem Stellvertreter für die über einen Monat hinausgehende Zeit eine Aufwandsentschädigung bis zur Höhe derjenigen des Vertretenen gewährt werden. Aufwandsentschädigungen des Stellvertreters nach § 2 werden auf die Aufwandsentschädigung im Verhinde- rungsfall angerechnet.

(7) Sachkundigen Einwohnern, die zu Mitgliedern beratender Ausschüsse be- stellt werden, wird ausschließlich die Auf- wandsentschädigung in Form eines Sit- zungsgeldes in Höhe von 17,00 € je Sit- zung und Tag gewährt.

(8) Mit der jeweiligen Aufwands- entschädigung sind die Auslagen der ehrenamtlich Tätigen, außer den Entschädigungen nach den §§ 4 und 5, abgegolten.

(9) Finden an einem Tag mehrere Sit- zungen statt, darf der Gesamtbetrag an Sitzungsgeld das 2,5-fache des zu gewäh- renden Sitzungsgeldes nach Absatz 4 je Tag nicht übersteigen. Bloße Anwesenheit eines Stadtrates bei einer Sitzung (Zuhö- rer), gilt nicht als Teilnahme im Sinne von Absatz 1.

(10) Sachkundige Einwohner und beraten- de Mitglieder, welche gemäß § 5 der Richtlinie über digitale Gremienarbeit der Stadt Wolmirstedt eine verbindliche Erklä-

rung abgegeben haben, an der digitalen Ratsarbeit teilzunehmen, erhalten hierfür eine monatliche pauschale Entschädi- gung. Die Höhe der Pauschale richtet sich nach der gewählten Form der digitalen Ratsarbeit.

- a. Für die Nutzung privater mobiler Endgeräte gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 1 der Richtlinie über digitale Gremien- arbeit erhalten die sachkundigen Einwohner / beratenden Mitglieder eine Pauschale in Höhe von 10,00 € pro Monat.
- b. Bei Benutzung eines stationären PC („SessionNet“) gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 2 der Richtlinie über digitale Gremi- enarbeit erhalten die sachkundigen Einwohner / beratenden Mitglieder für die entstandenen Druckkosten eine Pauschale in Höhe von 10,00 € pro Monat.

(11) Wird die ehrenamtliche Tätigkeit län- ger als 3 Monate ununterbrochen nicht ausgeübt, entfällt die Zahlung der Auf- wandspauschale ab dem 4. Monat bis zur erneuten Teilnahme. § 3 Abs. 2 gilt ent- sprechend. Für Ortsbürgermeister, die ihr Ehrenamt länger als einen Monat ununter- brochen nicht ausüben, sind die Sätze 1 und 2 entsprechend anzuwenden.

### § 3 Zahlungsmodalitäten

(1) Die Pauschalentschädigung wird zum Ersten eines Monats im Voraus gezahlt.

(2) Die Aufwandsentschädigung für den Vertretungsfall wird am ersten Tag des folgenden Monats nachträglich gezahlt.

(3) Entsteht oder entfällt der Anspruch während eines Kalendermonats, wird die- ser für jeden Tag, an dem kein Anspruch besteht, um ein Dreißigstel gekürzt.

(1) Als Antrag auf Zahlung von Sitzungs- geld, Verdienstausfall und Fahrtkosten gilt die Eintragung und handschriftliche Unter- zeichnung auf der Anwesenheitsliste der Sitzung.

#### **§ 4 Erstattung des Verdienstauffalls**

(1) Den ehrenamtlich Tätigen wird der entstandene Verdienstaufall durch die Teilnahme an Sitzungen im Sinne des § 2 Absatz 1 im Rahmen der regelmäßigen Arbeitszeit (§ 4 Abs. 6) auf Antrag erstattet.

(2) Erwerbstätigen Personen wird auf Antrag der durch die ehrenamtliche Tätigkeit tatsächlich entstandene und nachgewiesene entgangene Arbeitsverdienst ersetzt. Selbständigen wird auf Antrag der durch die ehrenamtliche Tätigkeit entstandene und glaubhaft gemachte Verdienstaufall ersetzt. Der Ersatz des Verdienstaufalls nach den Sätzen 1 und 2 ist durch Höchstbeträge nach Absatz 3 begrenzt. Der auf den entgangenen Arbeitsverdienst entfallende Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung wird erstattet, soweit dieser zu Lasten des Entschädigungsberechtigten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wird. An Stelle eines Ersatzes kann privaten Arbeitgebern das weitergewährte Arbeitsentgelt unmittelbar erstattet werden

(3) Der Höchstbetrag für den tatsächlich entstandenen Verdienstaufall wird für

1. Erwerbstätige Personen / Arbeitnehmer auf 40,00 € und
2. für Selbständige auf 50,00 € je angefangene Stunde festgesetzt.

(4) Erwerbstätigen Personen und Selbständigen, die die Höhe des Verdienstaufalls nicht nachweisen oder glaubhaft machen können, wird auf Antrag Verdienstaufall abweichend von Abs. 2 und 3 in Form eines pauschalen Stundensatzes ersetzt (Verdienstaufallpauschale). Die Verdienstaufallpauschale beträgt 19,00 € pro angefangene Stunde.

(5) Personen, die keinen Verdienst haben, denen aber durch die für die ehrenamtliche Tätigkeit aufgewendete Zeit ein Nachteil entsteht, wird auf Antrag eine angemessene Pauschale in der Form eines Stundensatzes gewährt. Dieser darf die

Verdienstaufallpauschale nach Absatz 4 nicht übersteigen.

(6) Für Tätigkeiten in Ausübung des Ehrenamtes besteht kein Anspruch auf Ersatz von Verdienstaufall oder Zahlung eines Pauschalstundensatzes außerhalb eines Zeitraumes von montags bis freitags von 07.00 bis 19.00 Uhr und sonnabends von 07.00 bis 13.00 Uhr, es sei denn, der Anspruchsteller ist im Schicht- oder einem vergleichbaren Dienst tätig.

#### **§ 5 Erstattung von Fahrt- und Reisekosten der ehrenamtlich Tätigen**

(1) Den in ein Ehrenamt oder zu sonstiger ehrenamtlicher Tätigkeit Berufenen wird Reisekostenvergütung nach den für hauptamtliche Beamte des Landes geltenden Grundsätzen gewährt.

(2) Aufwendungen für Dienstreisen am Dienst- oder Wohnort sind grundsätzlich nach § 35 Absatz 2 KVG LSA mit der Zahlung der Aufwandsentschädigung, mit Ausnahme der Kosten für Dienstreisen außerhalb des Dienst- oder Wohnortes sowie der zusätzlichen Kosten für die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen, abgegolten.

(3) Für die Teilnahme an den in § 2 Absatz 1 genannten Sitzungen und Beratungen erhalten Mitglieder des Stadtrates und seiner Ausschüsse zur Abgeltung der tatsächlich entstandenen und nachgewiesenen Fahrtkosten von der Hauptwohnung zum Sitzungsort und zurück eine Entschädigung i. H. v. 0,35 € je gefahrenen Kilometer mit eigenem Kraftfahrzeug bzw. in Höhe der nachgewiesenen notwendigen Kosten des benutzten öffentlichen Verkehrsmittels.

(4) Für genehmigte Dienstreisen werden die Reisekosten (Fahrtkosten, Tage- und Übernachtungsgelder) erstattet. Dienstreisen müssen nach § 35 Abs. 2 KVG LSA in Ausübung des Mandates begründet sein und im Zuständigkeitsbereich der Vertretung liegen. Die Zustimmung erteilen:

1. der Vorsitzende des Stadtrates bzw. des jeweiligen Ausschusses für die Mitglieder des Stadtrates sowie für die Mitglieder der aufgrund anderer Rechtsvorschriften gebildeten Ausschüsse des Stadtrates,
2. die Bürgermeisterin für die sonstigen ehrenamtlich Tätigen.

Die Zustimmung ist nur für den jeweiligen Einzelfall zu erteilen und steht unter dem Vorbehalt, dass entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Die Genehmigung soll durch den jeweiligen Vorsitzenden oder der Bürgermeisterin schriftlich oder elektronisch erfolgen.

### **§ 6 Steuerliche Behandlung**

(1) Der Erlass des Ministeriums der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt über die steuerliche Behandlung von Entschädigungen, die den ehrenamtlichen Mitgliedern kommunaler Vertretungen gewährt werden (Erl. des MF vom 09.11.2010, Mbl. LSA S. 638, geändert durch Erl. vom 16.10.2013, Mbl. LSA S. 608), findet in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

(2) Die steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung der nach dieser Satzung gezahlten Beträge ist Sache des Empfängers. Zu diesem Zweck erhält jeder Vertreter nach Abschluss eines Kalenderjahres eine Bescheinigung.

### **§ 7 Nichtübertragbarkeit des Anspruches**

Die Ansprüche aus dieser Satzung sind nicht übertragbar.

### **§ 8 Sprachliche Gleichstellung**

Personen- und Funktionsbezeichnungen gelten jeweils in weiblicher, männlicher und diverser Form.

### **§ 9 Inkrafttreten**

Die Entschädigungssatzung der Stadt Wolmirstedt tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Entschädigungssatzung

der Stadt Wolmirstedt vom 27.09.2019 außer Kraft.

Wolmirstedt, 27.03.2020

Dienstsiegel

M. Cassuhn  
Bürgermeisterin